

Beisatz
täglich mit Nachnahme Sonn- und Feiertags.

Bezugspreis
vierteljährlich 3 Mk. frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen mit Beisatzgeld 3 Mk. 17 Pfg.

Wochenblätter 26 Pfg.
Sonntagsblätter 5 Pfg., ältere 10 Pfg.

Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Kuzigenpreis

die viergespaltene Harmonische oder deren Raum 20 Pfg.; im Nachrichtenblatt die Beitzelle 35 Pfg. — Nach laß bei stieren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle

Poststraße 73, Fernruf 14
Postfach 11509
Frankfurt a. M.

Klärung?

H. R. Wenn man die sich an den Namen Brest-Litowsk anknüpfenden Ereignisse der letzten Woche rückschauend überblickt, so befestigt sich der Eindruck, daß Deutschland in den maßgebenden Regierungskreisen eine gewisse Klärung Platz gegriffen hat und zwar eine Klärung, welche geeignet erscheint, fast schon begrabene Hoffnungen neu zu beleben. Ihren Ausgangspunkt dürfte diese nach jeder Richtung hoferfreuliche Entwicklung in der letzten Kronratsitzung genommen haben, an welcher neben dem Kanzler Grafen Hertling, neben dem stellvertretenden Vizekanzler Grafen Roederer, dem Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Kuhlmann, auch die beiden Heerführer Generalfeldmarschall v. Hindenburg und sein Generalquartiermeister Ludendorff teilgenommen haben. Denn seit dieser Sitzung läßt sich die entschiedenere Haltung datieren, welche die maßgebenden Regierungskreise nicht nur den Russen, sondern auch den übrigen Entente-mächten gegenüber bekunden. Daß es zu einem solchen Umschwung große Zeit war und daß die Einsicht in die Verpfählung, bei den Friedensverhandlungen in erster Linie deutsche Interessen vertreten zu müssen, unmittelbar vor dem zwölften Ständeschied erfolgt ist, bedarf kaum der näheren Begründung; tatsächlich hatten die Nachgedrängtheit unserer Unterhändler in Brest-Litowsk und das neue Friedensangebot der Mittelmächte eine Situation heraufgeführt, die bei einem einigermaßen geschickten Vorgehen der englischen Diplomatie die gesamten bisherigen Ergebnisse und alle weiteren günstigen Aussichten unserer militärischen Kriegsführung geradezu in ihr Gegenteil zu vertauschen drohte. Waren die Westmächte, wenn auch natürlich nur zum Schein, dem Friedensangebot näher getreten, — die politischen und auch militärischen Folgen wären unabsehbar gewesen.

Vor dieser unheilvollen Entwicklung, die als drohendes Gespenst die Jahreswende überschattete, hat uns nun neben der Halskarrigkeit und Verdrisslichkeit unserer Gegner der Verlauf jener letzten Kronratsitzung behütet. Wie als deren ersten Ausfluß die Ablehnung des russischen Vorschlags erschien, nach Stockholm zu gehen und unseren Standpunkt in der Frage der Ostprovinzen preiszugeben, so darf man neuerdings auf den eingetretenen Kurswechsel wohl auch die amtliche Feststellung zurückführen, daß die den Westmächten gewährte Frist zum Anschluß an die Friedensverhandlungen ergebnislos verstrichen ist, und daß wir demgemäß unsere volle Freiheit in bezug nicht nur auf das militärische Handeln, sondern auch auf das politische Wollen zurückgewonnen haben. Die Bahn nach Westen ist frei, und keinerlei schwächliche Anwendung wird hoffentlich der in Aussicht stehenden Entwicklung auf neue Steine in den Weg zu rollen versuchen.

Welche besonderen Umstände in jener Kronratsitzung und in den darauf folgenden Tagen diesen erfreulichen Wandel gesteuert haben, ist auch für den Außenstehenden auf Grund gewisser Pressemitteilungen unschwer zu erraten. Wir verzichten jedoch aus naheliegenden Gründen darauf, dieses an sich sehr interessante Thema näher zu berühren und beschränken uns auf den Ausdruck der Genugtuung darüber, daß das Dementi vom Rücktritt des Generalquartiermeisters Ludendorff den Rückschlag auf eine weitgehend Uebereinstimmung zwischen den Anschauungen der Obersten Heeresleitung und denjenigen des Reichskanzlers hinsichtlich der politischen Notwendigkeiten unserer Zukunft gestattet. Wir erachten es deshalb auch nicht für das Gebot der Stunde, Sturm zu läuten und unter Aufwand eines besonderen Mangels politischen Augenmaßes und Taktik, wie es leider in einem Berliner Organ geschieht, zum Kampf gegen den Kanzler aufzurufen, sondern wir halten es für angezeigt, die nationalen Kreise unseres Volkes zur nachdrücklichen Unterstützung der jetzt anscheinend auf richtigem Wege befindlichen Regierung zu ermahnen. Sie wird einer solchen Rückendeckung durch das nationale Deutschland nach unserem Dafürhalten um so mehr bedürfen, als es leider wohl außer Zweifel steht, daß die Demokratie und insbesondere die Sozialdemokratie nicht gesonnen ist, sich dem eingetretenen Wandel stillschweigend zu fügen. Die Parole der Deutschen Vaterlandspartei, wie sie in dem Telegramm des Großadmirals v. Tirpitz an den Grafen Hertling gegeben ist, die ihm die volle Unterstützung der Vaterlandspartei auf dem nunmehr beschrittenen Wege verspricht, dürfte zutreffend die Aufgabe erfassen, die den nationalen Kreisen des Volkes in den jetzigen entscheidungsvollen Wochen erwächst.

Brest-Litowsk.

Wilson über die Friedensverhandlungen.

H. Haag, 9. Jan. (Privatmeldung.) Einer Reuter-meldung zufolge hat Präsident Wilson im Kongress eine Rede gehalten und darin auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk hingewiesen. Er erwähnte dabei, daß alle Kriegsführenden eingeladen worden wären, diesen Verhandlungen beizuwohnen, um sich zu vergewissern, ob es möglich sei, die Verhandlungen zu einer allgemeinen Kon-

ferenz auszudehnen, die über die Friedensbedingungen und die allgemeine Regelung beraten könnte. Das dort aufgestellte Programm enthielte überhaupt keine Konzeptionen weder gegenüber der russischen Souveränität, noch gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der in Frage kommenden Völker, sondern es bedeutete mit einem Wort, daß die Mittelmächte die Absicht haben, jeden Quadratmeter, den ihre bewaffnete Macht besetzt hat, jede Provinz, jede Stadt, jeden vorteilhaften Punkt zu behalten, als Zuwachs zu den Gebieten, die sie bereits in ihrer Macht haben. Man könne wohl annehmen, daß die allgemeinen Grundzüge des Abkommens, die zu Beginn vorgeschlagen wurden, dem Geiste der liberalen Staatsmänner Deutschlands und Österreichs entsprangen, jener Männer, welche die Kraft der Gedanken und der Absichten ihres eigenen Volkes zu empfinden beginnen, während die konkreten Bedingungen, die jetzt vorgeschlagen werden, den Gedankengängen der militärischen Führer entsprechen, die das behalten wollen, was sie errungen haben. Die Unterhandlungen wurden abgebrochen. Die russischen Vertreter zeigten sich aufrichtig; sie konnten auf derartige Vorschläge der Eroberung und der Vorherrschaft nicht eingehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Wilson auf den Zwischenfall zu sprechen, dem er große Bedeutung beilegte, weil dieser nach seiner Meinung die Verlegenheit der russischen Abgeordneten gezeigt habe. Was aber auch das Resultat der Erörterung von Brest-Litowsk sein werde und was auch der Zweck der Äußerungen der Redner der Zentralmächte sein möge, sie versuchten, meinte Wilson, angeblich der Welt ihre Ziele klar zu machen und forderten von neuem den Gegner auf, seine Ziele und was er für gerecht und befriedigend hielt, genauer zu präzisieren. Es bestünde kein Grund dafür, dieser Aufforderung nicht nachzukommen und die Frage aufrichtig zu beantworten.

Wilson gedachte alsdann der Rede Lloyd Georges der mit Bewunderungswürdiger Aufrichtigkeit und mit Geist für das Volk und die Regierung Englands gesprochen habe. Schließlich kam Wilson auf das russische Volk zu sprechen, das seine Stimme jetzt erhebe, eine Stimme, die erschütternder erscheine, als irgend eine der zahlreichen anderen Stimmen, die die verwirrte Weltatmosphäre erfüllte.

Das russische Volk, sagt Wilson, ist, wie es scheint, nahezu hilflos niedergeworfen von der grimmigen deutschen Macht, die bisher kein Mitgefühl und kein Mitleid kannte. Die Macht des russischen Volkes ist offenbar erschüttert, aber seine Seele ist noch nicht unterjocht. Es wird nicht nachgeben, weder in Wort noch in Handlung. Seine Auffassung von dem, was gerecht, menschlich und ehrenvoll ist, wurde mit einer Offenheit und mit einer klaren Einsicht, einem Adel des Geistes und einer allgemeinen Menschenliebe dargelegt, die die Bewunderung eines jeden Menschheitsfreundes erregen muß. Das russische Volk hat sich geweigert, mit seinen Idealen zu schwärmen und die Bundesgenossen im Stich zu lassen, damit es selbst erhalten werde. Rußland fordert von uns, zu erklären, was wir verlangen, und in welcher Hinsicht, falls ein Meinungsunterschied besteht, unsere Wünsche und Absichten sich von den ihrigen unterscheiden. Und ich glaube, das Volk der Vereinigten Staaten wünscht, daß wir ebenso einfach und offen antworten. Ob nun die heutigen Führer von Rußland es glauben oder nicht, von ganzem Herzen wünschen und hoffen wir, daß ein Weg gefunden wird, wie wir dem russischen Volk helfen und seine Hoffnung auf Freiheit und einen guten Frieden verwirklichen können.

Es wird unser fester Wunsch sein, die Friedensverhandlungen, wenn sie beginnen, nur öffentlich zu führen und kein geheimes Abkommen irgend welcher Art zu dulden. Die Zeit der Eroberungen ist vorbei, ebenso die Zeit der geheimen Abkommen, die im Interesse besonderer Regierungen abgeschlossen wurden, und die zu gegebener Zeit den Weltfrieden gefährden. Für jeden Staatsmann, der nicht an der Vergangenheit festhält, steht die Tatsache fest, daß das Nordmeer vorbei ist, und daß jede Nation, die Recht und Frieden will, jetzt oder zu irgend einem andern Zeitpunkt, statt den Kriegsweg der Rechtsverletzungen zu gehen, seine Absichten klar wiedergeben muß; die auch das eigene Leben unseres Volkes berühren, und falls diese Rechtsverletzungen nicht mehr gut gemacht würden, die Welt gegen eine Wiederholung nicht gesichert wäre. Was wir in diesem Kriege verlangen, ist deshalb nicht etwas besonderes für uns selbst, es ist die Forderung, daß die Welt gesichert wird.

Sodann entwickelt Präsident Wilson nachstehendes

Friedensprogramm.

1. Die erste Bedingung ist der öffentliche Abschluß gegenseitiger Friedensverträge, nach denen irgend welche geheime internationale Abmachungen nicht mehr abgeschlossen werden dürfen; die Diplomatie muß zu allen Zeiten offen arbeiten.

2. Die zweite Bedingung ist die vollständige Freiheit der Seefahrt außerhalb der Hoheitsgewässer sowohl zur Friedenszeit als im Kriege, ausgenommen der Fall, daß sie ganz oder teilweise durch internationale Unternehmungen zur Aufrechterhaltung internationaler Abkommen geschlossen wird.

3. Soweit möglich, sollen allen wirtschaftlichen Hindernisse beseitigt werden und die Gleichheit der Handelsbedingungen unter allen Nationen, die sich zur Aufrechterhaltung des Friedens verpflichten sollen, festgelegt werden.

4. Hinlängliche Sicherheit soll dafür gegeben und erhalten werden, daß die nationalen Rüstungen auf ein Minimum beschränkt werden können, das die Sicherheit im Innern verlangt.

5. Unparteilichkeit aller Forderungen, die auf der strikten Durchführung des Prinzips basieren, daß die Interessen der Völker gerade so schwer wiegend, wie die Ansprüche der Regierungen, die festgelegt werden sollen.

6. Räumung aller russischen Gebiete und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, daß das beste Zusammenwirken mit anderen Nationen gesichert wird, Rußland wird die freie und volle Gelegenheit gegeben werden, unabhängig seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu bestimmen. Rußland soll aufricht in der Gesellschaft der freien Völker unter Wahrung seiner Institutionen aufgenommen werden. Rußland soll in allem, was es nötig hat und wünscht, eine mehr als sympathische Unterstützung finden. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten erfahren wird, gibt den besten Beweis für deren guten Willen und ihr Verständnis für Rußlands Bedürfnisse und für ihre einmütige und selbstlose Sympathie.

7. Belgien muß, wie die ganze Welt es gutheißen wird, geräumt und seine Souveränität wieder hergestellt werden. Keine Handlung wird, wie diese dazu dienen, das Vertrauen der Nationen in die Gesetze wieder herzustellen, die sie für ihre gegenseitigen Beziehungen festgelegt haben. Ohne diese bleibt das Völkerrecht stets ein Stückwerk.

8. Alle französischen Gebiete müssen befreit und die eroberten Gebiete wieder hergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 zugefügt worden ist, und das den Frieden der Welt vor 40 Jahren aus dem Gleichgewicht brachte, muß derart wieder in Ordnung gebracht werden, daß der Friede im Interesse aller gesichert wird.

Der Schluß des Programms handelt von der Veränderung der italienischen Grenze auf klar erkennbaren Zielen der Nationalität, die autonome Entwicklung der Völker Österreichs, die Räumung von Rumänien, Serbien und Montenegro. Für die türkischen Teile des ottomanischen Reiches soll eine gesicherte Souveränität garantiert werden. Die Dardanellen müssen dauernd für die freie Fahrt der Handelsschiffe aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet bleiben. Schließlich fordert das Programm die Gründung eines unabhängigen polnischen Staates und die Bildung eines Völkerbundes, der bestimmte Verpflichtungen dafür übernimmt, daß gegenseitige Garantien für die territoriale Unverletzlichkeit aller großen und kleinen Staaten gegeben werden.

Der Krieg.

Schlappen der Engländer und Franzosen.

Berlin, 9. Jan. (WB.) Am 8. Januar versuchten an der Westfront die Engländer und Franzosen mit stärkeren Kräften sich Erkundungsergebnisse zu verschaffen, die ihnen bei Patrouillengefahrten am Vortage verlagert blieben. Sie holten sich überall schwere blutige Schlappen. In Flandern, wo sich im Gefechtsgebiet selbst die Zugangswege viele Kilometer weit hinter der englischen Front infolge des Winterwetters in völlig trostlosem Zustande befinden, versuchten hinter heftigen Feuerwellen starke englische Abteilungen sich durch den dicken Schlamm gegen den Südrand des Houthouster Waldes vorzuarbeiten, während mehrere englische Kompanien an der Bahn Böfinghe-Staden angriffen. Die nur langsam durch das Trichterfeld vorkommenden dichten englischen Sturmwellen saften unser vernichtendes Sperr- und Abwehrfeuer und ließ nur Teile von ihnen an der Bahn Böfinghe-Staden bis an unsere Linie herankommen, wo sie im Nahkampf blutig abgewiesen wurden. Die Franzosen schritten ihrerseits westlich Fliten und aus dem dort gelagerten Walde um 4.15 Uhr nachmittags nach einviertelstündiger härtester Feuertorbereitung mit starken Kräften zum Angriff gegen unsere Stellungen heraus. Der anfangs eingebrungene Feind wurde in erbitterten bis spät in die Nacht andauernden Nahkämpfen und in kräftigen Gegenstößen unter besonders hohen Feindverlusten hinausgeworfen. Sämtliche Gräben sind reiflos in unserer Hand.

Auch im Sundgau, wo am frühen Morgen des 8. Januar starkes feindliches Mörserfeuer auf unsere Stellungen westlich von Mülhausen eingelegt hatte, wurden vorrückende feindliche Patrouillen vertrieben. Eigene Aufklärungstätigkeit brachte an vielen Stellen der Front das gewünschte Ergebnis sowie zahlreiche Gefangene und

Beute. Während unsere Artillerie mit Erfolg feindliche Ansammlungen und den Verkehr hinter der Front sowie Munitions- und Materialdepots beschoss, belegten unsere Bombengeschwader mehrfach feindliche Barackenlager sowie die Stadt Düren mit Bomben und konnten an Bränden und Explosionen die gute Wirkung feststellen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 9. Jan. (WB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Unter starkem Feuerstich stießen englische Erkundungsabteilungen gegen den Südrand des Houthouster Waldes vor. Einige Kompanien griffen an der Bahn Wödingen-Staden an. An keiner Stelle konnte der Feind unsere Linien erreichen; in unserem Feuer hatte er schwere Verluste.

Beiderseits von Lenz lebhaftes Artillerietätigkeit.

Nordlich von Bullecourt fanden mehrfach Handgranatenkämpfe um kleine Grabenposten statt.

Westlich von Flitry brachen die Franzosen am Nachmittag nach heftiger Feuerwirkung in vier Kilometer Breite zu starken Angriffen vor. An einzelnen Stellen drang der Feind in unsere Positionen. Ein Versuch, über sie hinaus Boden zu gewinnen, scheiterte. Unsere Gegenstöße warfen den Feind im Laufe der Nacht überall in seine Ausgangsstellungen zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front

und

Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Das Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die deutsche Friedens-Riesen-Offensive.

Aufregung bei Engländern und Franzosen.

W. Berlin, 10. Jan. (Privatmeldung.) Der „Totalanzeiger“ meldet aus Kopenhagen: Während der letzten Wochen ist die ganze französische und englische Presse mit Spannung erfüllt in Erwartung der angeblich bevorstehenden deutschen Friedens-Riesen-Offensive. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Frankreich sagt, daß die Deutschen offenbar hinter der Front große Vorbereitungen trafen. Die Engländer und Franzosen verharren aber auch nicht mit den Händen im Schoße.

Die Friedensverhandlungen.

W. Berlin, 10. Jan. (Privatmeldung.) Wie der „Totalanzeiger“ berichtet, hat der Unterstaatssekretär von dem Bussche die Führer der Reichsparteien zu sich gebeten. In dieser Zusammenkunft machte er nach demselben Blatte Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und zwar über unser Verhältnis zur Ukraine und die Unterhandlungen unserer Vertreter mit deren Delegierten.

Die neue Entente-Konferenz.

W. Berlin, 10. Jan. (Privatmeldung.) Der „Totalanzeiger“ meldet aus Lugano: Nach der römischen „Tribuna“ wird die nächste Ententekonferenz wahrscheinlich im letzten Drittel des Januar in Paris zusammentreten. Es handelt sich dabei um nichts weiter als um die ordentliche periodische Sitzung des obersten Kriegsrates der Ententemächte, der die Ministerpräsidenten der einzelnen Mächte, andere Minister und als Berater die Mitglieder des ständigen in Versailles residierenden militärischen Beirates angehören. Der kommenden Tagung werden Orlando, Lloyd George und Clemenceau beiwohnen.

Die Selbstbestimmung der Völker.

Wie England wirklich darüber denkt.

D. R. Mit der „Selbstbestimmung der Völker“ soll der Krieg jezt schließen, und mit dem „Schutz der Kleinen“, d. h. Belgiens, durch England fing es an. Daß England den Schutz der Kleinen in Südafrika, Ägypten, Indien, Irland schon längst recht wirksam hätte ausüben können, hatte England vergessen. Auch daß Japan 1904 das neutrale Korea übertrumpfen und nachher ganz einstecken durfte, hat England nicht gekümmert. Nur Deutschland hat hübsch artig zu sein!

Merkwürdigerweise aber lernen die Engländer jezt schnell. In der „Contemporary Review“, einer sehr angesehenen Londoner Zeitschrift, konnte man kürzlich den auffallenden Satz lesen: „Wenn es das Wohl Europas fordert, müssen kleinere Nationalitäten sich auch manchmal mit etwas Geringerem begnügen, als gerade ihr Ideal ist!“

Als es vor kurzem wieder darum ging, die nordischen Staaten mobilzumachen, hieß es in der „World“: „Man muß den kleinen Neutralen einmal klar und deutlich sagen, daß ihre Neutralität nicht mehr möglich ist. Entweder sind sie mit uns, oder sie sind gegen uns! Sie haben also Deutschland anzugreifen, wenn England das Zeichen gibt. Wo nicht, sind sie eben Feinde und werden bloßiert. Und in England wird es ja bald etwas knapp gehen, aber diese Neutralen werden dann ausgehungert.“

Man reißt sich die Augen. Wie vertritt sich das mit dem Schutz der Kleinen? Und warum dieser radikale Umschwung? Sah man voraus, was in Rußland kommen sollte, oder wollte man Serbien abwinken, dessen Wünsche mit Italien nicht zusammenstehen? Oder liegt die Sorge noch näher, im eigenen Lande?

Noch deutlicher wird die Londoner Zeitschrift „Aeroplane“, welche sich so äußert: „Solange die Menschheit sich nicht völlig ändert, bietet die größte Militärmacht immer den besten Schutz auch für die angegliederten kleinen Nationen. (Man höre! der reine Militarismus!) Was ist aus Belgien, Serbien, Rumänien geworden? Wäre Belgien ein Teil Frankreichs gewesen, so hätte es den ersten deutschen Stoß abgedämmt, es hätte sich selbst und Nordfrankreich gerettet. Ja selbst als Teil Deutschlands hätte Belgien ein besseres Schicksal gehabt, der Krieg wäre ihm erspart geblieben. Freilich die Blockade nicht. Serbien in der Hand Österreichs oder der Türkei, unter einem starken Kaiser, wäre vielleicht ganz außerhalb des Krieges geblieben.“ Und jezt taucht das englische Blatt ordentlich auf: „Leider wollen unsere irischen Freunde das nicht einsehen. Ein Feind, der ihnen Lektionen nach belgischem und serbischem Rezept erteilen könnte, ist nicht da. Also werden wir selbst die Rolle des Lehrers übernehmen müssen, nach den bewährten Mustern von Straßburg und Cromwell. Ungezogene Kinder müssen Prügel bekommen, bis sie vor Erschöpfung ruhig werden.“

Abgesehen von der brutalen Prügelbegeisterung, dieser besonderen Spezialität englischer Kultur, enthalten die Worte der drei Londoner Blätter gewiß manches, über das sich sprechen läßt. So ist Elsh-Lothringen in der Tat, abgesehen von ein paar Grenzstrichen, vom Kriege gänzlich verschont geblieben, weil es ein Teil des mächtigen deutschen Reiches ist.

England hat die Wahrheit des alten Spruches eingesehen, daß es falsch ist, mit Steinen zu werfen, wenn man im Glashause sitzt. Wir wissen jezt, daß es eitel Bluff ist, wenn Lloyd George und Konsorten noch immer von Belgien sprechen. Selbst die vornehme Zeitschrift „Athenaeum“, die sich immer gern einen wissenschaftlichen Anstrich gibt, findet: „Wenn wir das Nationalitäten-Prinzip annehmen, so wollen wir damit nicht die Welt unter eine noch größere Menge von Kleinfürsten aufteilen, als jezt schon die Politik erschwert.“ Solche Stimmen werden sich in der nächsten Zeit gewiß noch vermehren. Die Engländer sind nämlich ein billigenkendes und vernünftiges Volk — wenn das in ihren Kram paßt.

R. R.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 10. Januar 1918.

* **Einspruch der Kriegsteilnehmer gegen Steueranforderungen.** Bei solchen Kriegsteilnehmern, die auch während des Krieges zu Steuerleistungen herangezogen werden, mögen die Angehörigen, denen die Veranlagung zugestellt wird, dafür Sorge tragen, daß die Steuerbehörde von der Kriegsteilnehmerschaft des Steuerzahlers unterrichtet wird. Vielfach weiß die Steuerbehörde ja nichts davon, und so kann es kommen, daß irrtümlich Mißverständnisse oder steuerrechtliches Fiktivkommen zur Veranlagung herangezogen wird. Die Tatsache der Kriegsteilnehmerschaft hat, neben der Steuererleichterung, auch in der Regel Einfluß auf die Frist für etwaige Einsprüche und Berufungen gegen die Veranlagung. Während nämlich in Preußen, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha hier für Einkommen über 2000 Mark), Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sondershausen und Lübeck die Frist für die Einlegung eines Einspruchs vier Wochen, in Mecklenburg einen Monat, im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha für Einkommen unter 2000 Mark zwei Wochen, in Sachsen-Meiningen allgemein 14 Tage, im Königreich Sachsen drei Wochen nach Zustellung der Veranlagung beträgt, in Hessen innerhalb der beiden ersten Monate des Steuerjahres (April-Mai) Berufung erfolgen kann, und in Neuch. J. L. die Frist jeweils bis zum 15. Juni läuft, braucht während des Krieges die gesetzliche Frist für die Einlegung des Einspruchs nicht wahrgenommen zu werden, so daß die Möglichkeit gewahrt bleibt, die Veranlagung auch später, d. h. nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft bzw. des Krieges, anzufechten. Das Gleiche gilt für Neuch. J. L. für Angehörige mobiler Truppenteile. In Bayern ist für Kriegsteilnehmer die Frist für Einlegung einer Berufung oder eines Einspruchs auf sechs Monate nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft verlängert. In Württemberg, wo die Bescheidfrist zwei Wochen beträgt, sind zwar Ausnahmen für die Kriegsteilnehmer nicht gemacht, doch werden Ausnahmefälle vom königlichen Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern, aus Billigkeitsgründen in weitgehendem Maße berücksichtigt. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß nach rechtsgerichteter Bestimmung die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer teils ganz unzulässig ist, teils gewissen Beschränkungen unterliegt.

* **Forderungen an das feindliche Ausland.** Die Handelskammer in Frankfurt a. M. schreibt uns: Zum Schutze der deutschen Gläubiger in dem feindlichen Ausland wurde im Einverständnis mit der Reichsleitung der „Deutsche Gläubigerschutzverein“ für das feindliche Ausland, Berlin W. 15, Kaiser-Allee 205“ gegründet. Durch den Zusammenschluß soll erreicht werden, daß der einzelne nicht wehrlos den ungerechten Maßnahmen zahlungsunwilliger Schuldner und mißgünstig gefinnter Behörden des feindlichen Auslands ausgesetzt ist. Die Handelskammer empfiehlt daher dringend allen Inhabern von Forderungen an das feindliche Ausland, dem Verein beizutreten. Besonders bemerkt sei, daß die Mitglieder des Vereins nicht gezwungen sind, die Bearbeitung ihrer gesamten Forderungen dem Verein zu übertragen, sondern sich auf einen Teil davon beschränken können. Nähere Auskunft ist erhältlich in dem Hauptgeschäftsraum der Handelskammer, Neue Börse, Zimmer 34, in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags.

* **Hauschlachtungen.** Behördlich wird darauf hingewiesen, daß mit allem Nachdruck auf die schleunige Verringerung der Schweine hingewirkt werden muß, da bei

der Beibehaltung des jetzigen Bestandes die Gefahr verbotmäßiger Verfütterung von Brotgetreide besteht, die unter keinen Umständen eintreten darf. Zu den zur Erreichung dieses Zweckes getroffenen Anordnungen gehört auch das Verlangen nach möglichst frühzeitiger Bornahe der Hauschlachtungen. Den Tierhaltern bietet sich dabei der Vorteil, daß ihnen bei der Hauschlachtung von Schweinen mit einem Schlachtgewicht bis zu 100 Pfund 700 Gramm auf den Kopf und die Woche zur Selbstversorgung belassen werden und bei einem Schlachtgewicht von 100—120 Pfund 600 Gramm, während bei einem höheren Schlachtgewicht nur 500 Gramm zugelassen sind. Die Spedatgabe kommt erst bei einem Schlachtgewicht von 120 Pfund in Frage. Außerdem kann auch in begünstigten Ausnahmefällen von der Einhaltung der vorgeschriebenen Haltefrist (3 Monate) abgesehen werden.

Nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nach Anordnung des Landesleischamts Hauschlachtungen spätestens bis zum 31. Januar d. J. vorgenommen werden müssen und daher die Genehmigung zur Hauschlachtung nach diesem Zeitpunkt nicht erteilt werden wird.

* **Brickette mit brennbarer Hülle.** Die Ortskohlenstelle bittet uns darauf hinzuweisen, daß der bisher wenig beachtete Kohlen- und Koksgruß bei der jetzigen Kohlenknappheit sehr gut als Rohelfer verwandt werden kann, wenn man sich selbst „Brickette mit brennbarer Hülle“ daraus herstellt. Dies geschieht in denkbar einfachster Weise, indem man sich Packpapier oder mehrfach zusammengelegtes Zeitungspapier in Größe von ca. 22/22 cm. zuschneidet und Dinten daraus herstellt. In diese wird das Brennmaterial lose eingefüllt (also nicht eingestampft). Solche Brickette, je 2—4 Stück auf einmal aufs Feuer gelegt, brennen überraschend gut, wie Versuche gelehrt haben und können als ein brauchbares und billiges Ersatzmittel für die fehlenden Kohlen bezeichnet werden. Das Verfahren ist durch D. R. G. M. Nr. 665 504 und Nr. 667 361 geschützt und die Lizenz für Bad Homburg, Gonsenheim, Dornholzhausen, Obereschbach und Oberstedten durch das städt. Gaswerk erworben, wo auch Koksgrus zum Preise von 1,50 Mark pro Zentner erhältlich ist.

* **Der Ersatz der Blühableiter aus Kupfer.** Die Beschlagnahme von Kupfer erstreckt sich auch auf Blühableiter. Darüber sind merkwürdige Irrtümer entstanden. Vereinzelt haben sogar Besitzer von Blühableiteranlagen die Leitungen schleunigst entfernt, ohne Ersatz von verzinktem Eisenblech anzulegen. Einzelne landwirtschaftliche Brandstapfen geben deshalb jezt darüber Aufklärung, daß die Beschlagnahme lediglich das Verfügungsrecht über die Gegenstände aufhebt. Es ist dafür gesorgt, daß die Blühableiteranlagen nur Zug um Zug gegen eiserne Anlagen ausgetauscht werden. Den Gebäuden soll der Blühgruß auch nicht einen Tag fehlen. Die Ablieferung des Kupfers wird nicht eher verlangt, als bis der Ersatz gesichert ist. Die Kommunalbehörden sind sogar ermächtigt, bei besonders gefährdeten Bauwerken die kupfernen Blühableiter vorläufig von der Entzinkung zurückzustellen. Bei entsprechender Stärke hat verzinktes Eisen die gleiche Leistungsfähigkeit wie Kupfer.

* **Tischwäsche aus Glas.** Seitdem eine Bundesratsverordnung die Verwendung von Tischwäsche — auch solcher aus Papier — in den Gasthäusern verboten hat, sucht die Technik nach einem Ersatz dafür. Ein solcher scheint jezt, wie die keramische Rundschau mitteilt, im Glase gefunden zu sein. Es handelt sich dabei nicht um eine Nachahmung von Tischdecken aus gepönnem und verwebtem Glase, sondern der Vorschlag geht dahin, die Tische der Gasthäuser mit Glasplatten zu bedecken. Eine Kristallglasplatte, die über das Holz gelegt wird, biete in der Tat viele Vorteile. Das Aussehen könnte dem eines wirklich gedeckten Tisches einigermaßen ähnlich gemacht werden; man könnte etwa die Holzplatte mit einem weißen Glaslaminatstrich versehen; so würde der Eindruck eines weißgedeckten Tisches vorgetäuscht; für Festfälle, für Feiernlichkeiten usw. ließen sich silberbelegte Spiegelglasplatten verwenden, und schließlich wäre es auch möglich, unter die Glasplatten gemauerte Stoffe, Papier beispielsweise, zu legen, wodurch gute Wirkungen hervorgerufen werden können. Was die Kosten angeht, so sind diese nicht allzu hoch, denn es ist nur eine einmalige Anschaffung nötig, das Glas ist nicht der Beschädigung durch Verbrennen oder Zerschneiden ausgesetzt, wie die Tischwäsche, vergossener Wein usw. können ihr nichts anhaben, und die hohen Reinigungskosten der Tischwäsche fallen aus, da ja einfaches Abwaschen mit warmem oder kaltem Wasser genügt, ein Vorzug, der auch in gesundheitlicher Beziehung für die „gläserne Tischwäsche“ spricht. Die Erzeugung von Glas ist nun freilich durch die Kohlenwertigkeiten eingeschränkt worden; trotzdem dürfte die Beschaffung zahlreicher Spiegelglasplatten zum Tischbelag keine Schwierigkeiten machen, denn gerade von den in Frage kommenden Glasarten sind nach den Angaben der Fachleute noch genügend große Vorräte vorhanden.

Vermischte Nachrichten.

— **Ein bemerkenswerter Neujahrsgruß.** Bürgermeister Kehler in Hattersheim, der öfters durch zeitgemäße Ermahnungen von sich reden gemacht hat, richtete im Namen des Gemeindevorstandes an die Einwohnerschaft einen beachtenswerten und vielversprechenden Neujahrsgruß, in dem es u. a. heißt: „Wir raten dringend zur Sparsamkeit. Legt zurück für Notfälle! Wir erfahren täglich mit Schrecken, wie manche Ortsbewohner ihren Verdienst geradezu hinauswerfen. Wir wissen, daß manche Familien bis zu 10 000 Mark und mehr verdienen, und daß Arbeiterfamilien die unnötigsten und teuersten Sachen kaufen! Pelze, Kostüme, Seidenwäsche und seidene Stoffe, elegante Schuhe, teure Spielwaren, Gold- und Silberfachen, oft für Hunderte von Mark, ja sogar Klaviere kaufen sie. Ist das nicht Wahnsinn? Selbst Kriegerfrauen machen von ihren Unterstüßungen die blödsinnigsten Ausgaben für Sachen, die sie nie im Leben gekannt haben. Wir gönnen